

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909

27.7.1909 (No. 202)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 27. Juli

N^o 202

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), wofolbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1909

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

August und September

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 11. Juli d. J. gnädigst geruht, den Direktor des Gymnasiums in Wertheim Wilhelm Caspari in gleicher Eigenschaft an das Karl-Friedrich-Gymnasium in Mannheim zu versetzen;

den Professor Dr. Otto Kienitz am Gymnasium in Karlsruhe zum Direktor des Gymnasiums in Wertheim und den Professor Dr. Alfred Hilgard am Gymnasium in Heidelberg zum Direktor des Gymnasiums in Bruchsal zu ernennen;

in gleicher Eigenschaft zu versetzen:

den Professor Dr. Ludwig Sütterlin an der Höheren Mädchenschule in Heidelberg an das Gymnasium daselbst und

den Professor Dr. Hermann Sezauer am Gymnasium in Lahr an jenes in Karlsruhe.

Nicht-Amtlicher Teil.

Reichstagsrückblicke.

Nach der so außerordentlich arbeitsreichen parlamentarischen Kampagne macht sich eine vom Ruhebedürfnis getragene Ferienstimmung geltend. Weder die ermüdeten Abgeordneten, noch die so lange den Verhandlungen folgenden Parlamentsjournalisten fühlen vorerst das Bedürfnis zu den sonst üblichen, ausführlichen Epilogen. Sind doch, wie die „N. Mlg. Ztg.“ hervorhebt, vom 4. November v. J. bis zum späten Sessionschluß nicht weniger als 130 Sitzungen abgehalten worden, und zuletzt hatte die Zahl der Kommissionen zwanzig erreicht. Dabei ist, wie ein liberales Organ hervorhebt, der vorhandene Arbeitsstoff nicht einmal ganz erledigt worden, denn außer einigen Gesekentwürfen, die durch den Schluß der Session hinfällig geworden sind, waren noch eine große Anzahl Anträge aus dem Hause zu beraten; Anträge, die überhaupt nicht einmal in die erste Lesung gekommen sind. Bei der Fülle von sonstigem Material war es wieder nahezu unmöglich, die Schwerinstage pünktlich inne zu halten, und nur verhältnismäßig recht wenig Anträge von den vielen, die zum Teil schon zu Anfang der Session im Jahre 1907 eingebracht worden sind, kamen zur Verhandlung im Plenum. Der Etat, diesmal im ganzen an die Budgetkommission verwiesen und dort sehr eingehend auf noch weitere Ersparnismöglichkeiten geprüft, gelangte erst nach dem Termin des 1. April zur dritten Lesung und Verabschiedung. Nebenher erledigte das Haus unter teilweise regen Debatten die Novelle zum Bankgesetz, die das Reichsbankprivileg vom 1. Januar 1910 auf weitere zehn Jahre ausdehnt, sowie eine Verstärkung des Reiserbefonds und eine erhebliche Erhöhung des steuerfreien Notenkontingents der Reichsbank enthält, ferner die Novellen zur Zivilprozessordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz, das Gesetz, betreffend die Beseitigung der Doppelbesteuerung in den einzelnen Bundesstaaten, den Handelsvertrag mit Venezuela und verschiedene kleinere Vorlagen. Bedeutameres, so das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen, die Novelle zum Gesetz, betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, das Gesetz, betr. Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, das Gesetz über die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh, das neue Weingesez und das Automobilgesez, hat sich neben Etat und der Hauptaufgabe, der Reichsfinanzreform mit dem Befoldungsgesez, gleichfalls noch bewältigen lassen. Nicht zu vergessen die Novelle zum Wechselstempelsteuergesez, den Münzgesekentwurf, das Statsgesez für die Schutzgebiete, das Gesez über die Haftung des Reichs für die Reichsbeamten und schließlich die noch in letzter Stunde zur Erledigung gekommene Vorlage über die

zollwädrige Verwendung von Gerste. Das ergibt eine tatsächlich sehr große Gesamtleistung. So schneit der Schluß dieser ersten Session im wesentlichen nur die große Gewerbeordnungs-novelle, das Arbeitskammergesez, dessen Kommissionsberatung allerdings schon vollendet gewesen war, und den Entwurf wegen Neuordnung der Fernsprechgesez von der Weiterförderung ab. Doch ist bei der Gewerbeordnungs-novelle die Arbeit der Kommission sowie des Plenums nicht ganz umsonst gewesen, da noch zu Ende vorigen Jahres ein Teil der Vorlage, der sich auf den Schutz der Arbeiterinnen bezog, herausgenommen und zur gegenseitigen Verabschiedung gebracht wurde. Bei den übrigen Bestimmungen der Gewerbeordnungs-novelle hatten sich während der Kommissionsberatungen zahlreiche Differenzen ergeben; so insbesondere im Hinblick auf Schaffung von Lohnnämtern für die Heimarbeiter. Wie erinnerlich hatte der Seniorenkonvent befürwortet, um des Standes dieser Beratungsmaterien willen das Parlament nochmals nur zu vertagen, doch erlaubte, wie auch die Öffentlichkeit anerkannt hat, der Gang der Ereignisse in der inneren Reichspolitik nicht, sich dafür zu entscheiden.

Von den neuen Reichsteuern.

Reich und Einzelstaaten.

* Der von der Regierung beabsichtigten organischen Regelung der finanziellen Beziehungen des Reichs und der Einzelstaaten hat der Reichstag, wie bekannt, seine Zustimmung nicht gegeben. Er hat vielmehr in den Grundlagen die finanziellen Beziehungen der Einzelstaaten zum Reiche bestehen lassen, in Einzelheiten aber doch so viel geändert, daß es von Wichtigkeit ist, sich darüber klar zu werden, wie sich künftig die Finanzen von Reich und Einzelstaaten zu einander verhalten werden. Bisher war die Sachlage so, daß die Einzelstaaten, die ja nach der Verfassung diejenigen Reichsausgaben, die durch eigene Reichseinnahmen nicht gedeckt werden, durch Matrikularbeiträge befreien mußten, gezwungen waren, ein etwaiges Reichsdefizit bis zu etwa 24 Millionen Mark sofort zu begleichen. Betrag der Fehlbetrag noch mehr, so wurde der Überschuß den Einzelstaaten auf 3 Jahre gestundet. Waren die Reichseinnahmen innerhalb dieser 3 Jahre nicht so groß, daß sie die Ausgaben überstiegen, so mußten die Einzelstaaten auch die gestundeten Beträge an das Reich zahlen. Darüber ist nach dem Wortlaut des betreffenden Finanzreformgesezes vom Jahre 1906 kein Zweifel. Nur war man allgemein der Ansicht, daß durch die damalige Reform die Einnahmen des Reichs so vermehrt werden würden, daß die Einzelstaaten die gestundeten Beträge tatsächlich nicht würden zu zahlen brauchen. Diese Erwartung ist nicht erfüllt. Deshalb hat das neue Finanzgesez bestimmt, daß die gestundeten Matrikularbeiträge für 1906 bis 1908 auf Anleihe übernommen werden. Im übrigen war bisher vorgesehen, daß die Einzelstaaten vom Reiche die Erträge aus der Branntweinverbrauchsabgabe und aus der Malschottsteuer, sowie aus der Wörten- und Lofesteuer erhielten. Diese Überweisungssteuern wurden im Reichsetat in Ausgabe gestellt, während die Matrikularbeiträge einen Einnahmeposten darstellten. Waren die Überweisungssteuern kleiner als die Matrikularbeiträge, was in den letzten Jahren leider regelmäßig der Fall war, so nannte man die Differenz „ungedekte Matrikularbeiträge“. Von ihnen mußten, wie schon ausgeführt, 24 Millionen sofort von den Einzelstaaten erlegt werden, der Rest wurde gestundet. An dem Grundprinzip der finanziellen Beziehungen der Einzelstaaten zum Reiche ist nun durch das neue Finanzgesez nichts geändert. Es wird also künftighin so wie bisher jeder etwaige Fehlbetrag im Reiche von den Einzelstaaten zu decken sein. Man nimmt ja allerdings an, daß durch die neuen Steuern Fehlbeträge im Reiche ausgeschlossen seien, und daß deshalb die Einzelstaaten auch nicht in die Lage kommen werden, „ungedekte Matrikularbeiträge“ aufgeholt zu bekommen. Ob sich diese Erwartung erfüllen wird, bleibt aber eine offene Frage. Nur die tatsächliche Entwicklung der Reichseinnahmen kann darüber die Entscheidung bringen. Bezüglich der Überweisungssteuern ist aber eine Änderung eingetreten. Da die Branntweinsteuer erhöht ist, so ist sie allein künftig als Überweisungssteuer bestimmt. Die Wörten- und die Lofesteuer scheiden aus

der Reihe der Überweisungssteuern aus. Sie werden jetzt zur Reichskasse direkt abgeführt. Künftig wird also als ungedeckter Matrikularbeitrag die Differenz zwischen der Gesamtsumme dieses Beitrages und dem Ertrage der Branntweinsteuer anzusehen sein. In dieser Beziehung ändert sich das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten. Ob die Änderung zugunsten oder Ungunsten der Einzelstaaten ausfallen wird, wird von dem Ertrage der neuen Branntweinsteuer abhängen. Auf jeden Fall haben auch nach dem neuen Finanzgesez die Einzelstaaten für etwaige Fehlbeträge des Reichs aufzukommen. Es bleibt also bei dem Provisorium der Matrikularbeiträge wie bisher.

* Außer für die neuen Steuern enthalten die jüngst veröffentlichten Reichsfinanzreformgeseze auch Inkraftsetzungsstermine für andere Bestimmungen. Mit dem Tage der Verkündung des sogenannten Reichsfinanzgesezes ist der § 3 des Reichsfinanzreformgesezes vom 3. Juni 1906 außer Kraft getreten und gleichzeitig haben die neuen Vorschriften über die Matrikularbeiträge Geltung erlangt. Im § 3 des erwähnten Gesezes war befanntlich bestimmt, daß die Einzelstaaten bei etwaiger Inzulänglichkeitz der Reichseinnahmen Matrikularbeiträge bis zu 40 Pfennigen auf den Kopf der Bevölkerung zu zahlen gezwungen seien und daß von ihnen darüber hinaus aufzubringende Beträge auf drei Jahre gestundet werden sollten. Nach den neuen Bestimmungen sind die für 1906 bis 1908 gestundeten Beträge auf Anleihe zu übernehmen; für 1909 haben die Einzelstaaten gegebenenfalls 48,5 Millionen Mark Matrikularbeiträge an das Reich zu zahlen. — Eine rückwirkende Kraft ist der Bestimmung über die Erbschaftsbesteuerung gegeben. Es ist befanntlich im neuen Finanzgesez angeordnet, daß von dem Reichertrage, der aus der Besteuerung der Erbschaften aufkommt, das Reich drei Viertel erhält, und den Einzelstaaten ein Viertel ihrer Abgaben verbleibt. Diese Anordnung hat ihre Geltung schon am 1. April 1909 erlangt. Sie gilt also für das ganze laufende Finanzjahr und wird dessen Gesamtabrechnung zwischen Einzelstaaten und Reich auf dem Gebiete der Erbschaftsbesteuerung zugrunde gelegt werden. — Mit dem 1. Januar 1910 wird die Bestimmung in Kraft treten, wonach die Zentralpostbehörden von jedem Träger der Unfallversicherung einen Betriebsfonds einzahlen können. Die Versicherungsunternehmen und sonstige Träger der Unfallversicherung haben danach nahezu ein halbes Jahr Zeit, sich auf die Neuerung einzurichten. — Mit dem 1. April 1911 tritt die jetzige Bestimmung des Reichsfinanzreformgesezes vom Jahre 1906, wonach die Reichsanleihe alljährlich in Höhe von mindestens drei Fünfteln vom Hundert zu tilgen ist, außer Geltung. Dafür treten dann die neuen höher bemessenen Tilgungsvorschriften in Kraft. — Schließlich ist in diesem Zusammenhange noch zu erwähnen, daß die neuen Bestimmungen über die Abgabenerhebung vom Bier für Rechnung der Gemeinden und über die Gemeindebesteuerung in Elsaß-Lothringen vom 1. April 1910 ab Geltung erlangen.

Polnische Bevölkerungsbewegung.

Unter den Erscheinungen, die nicht aus dem Auge zu verlieren sind, muß das ununterbrochene Anwachsen polnischer Bevölkerung in bestimmten Gegenden Westdeutschlands allerwegen seine Stelle behalten. Prof. Dr. Max Bröske hat in der Zeitschrift des Königlich preussischen Statistischen Landesamts kürzlich eine Studie veröffentlicht, der man hierzu bemerkenswerte Aufschlüsse entnehmen kann. Auf dem Material der drei letzten Volkszählungen fußend, legt die Abhandlung dar, daß die Steigerung der polnischen Zuwanderung nach den westlichen Provinzen aus ihren östlichen Stammsitzen in dem Jahrzehnt 1900 bis 1905 viel stärker gewesen ist als in dem vorhergehenden Jahrzehnt seit 1890. Besonders stark ist von den Zuwanderungen das rheinisch-westfälische Industriegebiet betroffen. So vermehrte sich die Zahl der Polen in den letzten fünfzehn Jahren im Regierungsbezirk Düsseldorf von 4672 auf 45 623, im Bezirk Arnberg von 20 131 auf 97 703 und im Bezirk Münster von 5490 auf 40 723. Geht man weiter auf die Kreiseinteilung zurück, so ist im Kreise Reddinghausen Stadt der Anteil der Polen an der Gesamtbevölkerung am höchsten; er beträgt hier 20,8 v. H. Ihm folgen eine Reihe anderer Kreise aus dem Industriegebiet mit einem Anteil von mehr als 10 v. H., so Gelsenkirchen-Land, Bochum-Land, Reddinghausen-Stadt und Dortmund-Land. Wichtiger ist, namentlich für die Verwaltung, die Frage, wie sich das ziffermäßige Verhältnis zwischen Deutschen und Polen in den einzelnen Gemeinden stellt. Hier ergibt sich, daß 1905 die Polen in 1219 Gemeinden des westlichen Preußens mehr als 10 v. H. der Einwohnerzahl ausmachten; in 67 Gemeinden hatten sie die Mehrheit, und in 414 betrug ihre Anzahl mehr als 25 v. H. Dabei verdient aber die Tatsache besonders vermerkt zu werden, daß die Polen bis 1905 in keiner Gemeinde der Reie-

rungsbezirke Wunster, Arnberg und Wisseort eine Mehrheit besitzen, und daß hier nur in sechs Gemeinden ihr Anteil mehr als 25 v. H. ausmacht. Eine weitere bemerkenswerte Erscheinung ist, daß die Polen des Westens viel mehr als die Polen des Ostens nach den Städten drängen. Während von den gesamten Polen des preussischen Staates 1905 noch 79,74 v. H. auf dem Lande ansässig waren, betrug im Westen die Zahl der auf dem Lande lebenden Polen nur 61,74 v. H. Bei den in den Städten lebenden Polen ist im allgemeinen ein höherer Prozentsatz von solchen anzutreffen, die neben ihrer polnischen Muttersprache auch Deutsch sprechen. Auch steht der Westen darin günstiger als der Osten, wenn andererseits gerade im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Zahl der auch Deutsch sprechenden Polen wieder niedriger als der Durchschnitt der westlichen Provinzen ist. So machten 1905 die Polnisch und Deutsch sprechenden Polen im ganzen preussischen Staat 3,7 v. H. aller Polnisch Sprechenden aus, dagegen in den westlichen Provinzen 11 v. H. und wiederum im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nur 8,2 v. H. Daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet in dieser Beziehung ungünstiger dasteht als der Durchschnitt der westlichen Provinzen, wird vor allem durch den engen Zusammenschluß der Polen zu erklären sein, da in ihnen dadurch das Gefühl der Stammeszugehörigkeit gestärkt wird. — Nach dem Religionsbekenntnis sind naturgemäß auch die im Westen lebenden Polen zum weitaus überwiegenden Teile katholisch; der Prozentsatz der Katholiken ist aber doch niedriger als im Osten. Während von den gesamten Polen des preussischen Staates 96,81 v. H. katholisch und 3,07 v. H. evangelisch sind, sind von den Polen des Westens 90,94 v. H. katholisch und 8,16 v. H. evangelisch. Bezüglich der Gebürtigkeit der Polen des westlichen Preußens sind für 20 Kreise mit größerer Polenbevölkerung, die mehr als die Hälfte sämtlicher Polen des Westens umfassen, bei der letzten Zählung Feststellungen gemacht. Danach stammen von den männlichen Polen 44 v. H. aus Posen, 18 v. H. aus Ostpreußen, 8 v. H. aus Westpreußen, 7 v. H. aus Schlesien, während nur 15 v. H. in der Zählgemeinde und je 2 v. H. aus dem Zählkreise der Zählprovinz geboren waren. Eine eigenartige Erscheinung ist es, daß die verschiedenen Provinzangehörigen bestimmte Arbeitsstellen bevorzugen; so finden wir besonders viele Ostpreußen in den Kreisen Gelsenkirchen Stadt und Land, Reddinghausen Stadt und Land, Reddinghausen Stadt und Land vorkommen. Nach Beruf und sozialer Stellung ist die weit überwiegende Zahl der im Westen befindlichen Polen als Arbeiter tätig, und zwar vor allem in dem Bergbau. Von den Polen der acht Hauptkreise des rheinisch-westfälischen Industriegebietes waren im Bergbau 81,5 v. H. sämtlicher männlicher Personen beschäftigt; daneben kommen höchstens noch die Metallverarbeitung und das Baugewerbe mit einem kleinen Bruchteil von 3,8 bzw. 3,5 v. H. in Betracht, während sie in den übrigen Gewerben nur in verschwindend kleinem Maße tätig sind. Die große Masse, 98,6 v. H. sind reine Lohnarbeiter, nur 1,1 v. H. haben eine Stellung als Unternehmer, leitende Beamte, Handwerksmeister u. dergl. und 0,3 v. H. als Aufsichts- und Bureaupersonal. Diese Zahlen und Angaben liefern einen Beitrag zum Überblick des nach dem preussischen Westen abgewanderten polnischen Elements und zur Beurteilung der Art, wie es sich dort im Erwerb betätigt.

Die parlamentarische Lage in Oesterreich und der böhmische Landtag.

In Ungarn schloß die langwährende Kabinettskrise mit einem Provisorium, in Oesterreich ging das Parlament in der Obstruktion unter. Hüben und drüben wird es umfichtiger Arbeit bedürfen, um aus den krisenhaften Zuständen wieder zu fruchtbarer Tätigkeit zu kommen. Die ersten behutsamen Versuche, die gesetzgebenden Körperschaften aufs normale Gleise zu führen, werden um die Mitte August beginnen. Für das Reich am bedeutendsten ist die große Frage der Delegationen. Wird es möglich sein, diese im Herbst zu ihrer ganz außerordentlich wichtigen Tagung zu versammeln? Gewißheit hierüber wird der Verlauf der ungarischen Regierungs- und Parteikrise geben. Wenn diese im Frühjahr einer Lösung zugeführt wird, so wird der Oktober den Delegationen gehören. Der österreichische Reichsrat hätte dann vor Jahreschluß die Monate November und Dezember für seine Verhandlungen frei. Das Schicksal des Parlaments, so hebt die „Neue Fr. Pr.“ hervor, wird von der Einsicht der slavischen Parteien abhängen. Trotz der Kundgebung, die man in den letzten Wochen aus der Mitte der Slavischen Union hören konnte, lassen die verschiedenen seit Schließung des Parlaments veröffentlichten Dokumente zur jüngsten Obstruktion keinen Zweifel, daß die als Bollwerk des slavischen Gedankens aufgerichtete Slavische Union kein widerstandsfähiger Block ist. Die Interessen und Auffassungen der in der Union vereinigten Partei gehen weit auseinander. Die Slavische Union ist eine Streitgenossenschaft, die in dem nämlichen Augenblicke auseinanderfallen würde, als sie sich zu einer Arbeitsgenossenschaft umwandeln wollte. Die von allen politischen Streitfragen sorgfältig gereinigte Budget-

verhandlung war wie eine Art Schirm, der die Gegenstände im Lager der Slavischen Union verdeckte. Als das handelspolitische Ermächtigungsgesetz zur Beratung kam, wurden die widerstreitenden Interessen in der Opposition offenbar. Nur zwei nicht allzu starke Gruppen schritten zur Obstruktion; die anderen Parteien der Slavischen Union sahen der Rahmlegung des Parlaments mürrisch und verdrossen zu. Die Sozialdemokraten stellten sich der Obstruktion ihrer ehemaligen Oppositionsfreunde mit unverbüllter Feindschaft gegenüber.

Die Behauptungen der slavischen Parteiführer, daß sie in der Herbstsession 170 Mann hinter sich vereinigen würden, kann niemanden erschrecken. Viel bedeutungsvoller für die Entwicklung der Dinge im Herbst sind die Andeutungen über die Bedingungen und die Möglichkeiten einer arbeitsfähigen Session des böhmischen Landtages, die aus den Äußerungen hervorragender deutscher Parteiführer Böhmens durchschimmern. Von besonderem Gewicht sind Erklärungen, die der Obmann des Verbandes der deutschen Landtagsabgeordneten in Böhmen, Herrenhausmitglied Dr. Eppinger, und der Oberstlandmarschallstellvertreter Abgeordneter Dr. Urban abgegeben haben. Die Kundgebungen dieser beiden hervorragenden deutschböhmischen Führer gestatten keine Täuschung über die Entschlossenheit der deutschen Abgeordneten, die Politik des Widerstandes im böhmischen Landtage fortzusetzen, sofern die Tschechen nicht endlich bereit sind, die notwendigen Bürgschaften zu geben, daß sie hinfort die Stellung der Deutschen im Lande, in der Landesvertretung und Landesverwaltung achten werden. Die deutschen Abgeordneten Böhmens haben am 24. Oktober vorigen Jahres ihre nationalpolitischen Forderungen festgelegt. Das Programm umfaßt außer einer Ordnung des Sprachenstreites bei den staatlichen und autonomen Behörden eine Reform der autonomen und staatlichen Verwaltung auf Grundlage der nationalen Abgrenzung, die Ordnung des Minoritätsschulwesens, Sicherung der deutschen Minorität im Landtage durch Vetokurien und durch gezielte Festlegung der Deutschen zukommenden Mandate im Landesauschusse, in den Kommissionen und in den Landesfinanzinstituten, endlich eine angemessene Berücksichtigung des deutschen Elements in der Landesbeamenschaft. Die Deutschen wissen, daß dieser große Komplex von Fragen nicht kurzer Hand gelöst werden kann. Allein sollen die Deutschen den böhmischen Landtag für sachliche Arbeit freigeben, so müssen die Tschechen die Sicherheit bieten, daß sie den ernststen Willen haben, in die Verhandlung über den nationalen Ausgleich einzugehen. Eine Gewähr für ein aufrichtiges Entgegenkommen der Tschechen würden die Deutschen darin erblicken, daß jene dringendsten Forderungen aus ihrem Programm, die schon im Verlaufe einer kurzen Landtagsession gelöst werden könnten, von den Tschechen zugestanden werden und daß diese sich verpflichten, an der gezielten Festlegung der deutschen Wünsche mitzuarbeiten. In welcher Richtung sich diese erste Gruppe der deutschen Forderungen bewegt, ist aus den von Dr. Eppinger am 30. Oktober v. J. in vier Punkten zusammengefaßten Forderungen der Deutschen zu ersehen. Als jene vier allerwichtigsten und aktuellsten Forderungen bezeichnete Dr. Eppinger erstens eine andere Verteilung der Rezerate im Landesauschusse, so daß die wichtigsten der deutschen Agenden nicht wie bisher in den Händen der tschechischen Landesauschüsse liegen; zweitens eine Vermehrung der Zahl der deutschen Landesauschüsse von zwei auf drei; drittens eine Vermehrung der Zahl der deutschen Vertreter in der Landeshypothekenbank und in der Landesbank von einen auf zwei; viertens einen gerechten Aufteilungsschlüssel für die Vertretung des Deutschums unter den Landesbeamten. Die Friedensbedingungen der Deutschen sind den Tschechen also nicht unbekannt. Sie haben sich nun zu entscheiden, ob sie den böhmischen Landtag wollen oder nicht. Die Tschechen werden ihre Friedensliebe durch praktisches Entgegenkommen zu beweisen haben. Einem feindseligen Verhalten, wie sie es im Reichsrat gegen die Sprachenvorlagen beobachteten, die nicht einmal zur ersten Lesung zugelassen werden, können die Deutschen nicht anders, als mit der vollen Schärfe des Kampfes begegnen. Auch mit glatten Redensarten werden die Tschechen um das ernste Problem nicht herumkommen. Die Deutschen Böhmens wollen klares Recht haben. Halbheiten und Zweideutigkeiten weisen sie zurück. Sie werden den Kampf nicht einstellen, bis nicht die volle Gleichberechtigung, auf die sie nach ihrer Zahl und Steuerkraft Anspruch haben, in gesetzlich unanfechtbarer Weise festgestellt ist. Der Ministerpräsident von Wien hat die Absicht kundgetan, vor Einberufung des böhmischen Landtages eine Aussprache von Vertretern beider Nationen herbeizuführen. Die Verhandlungen werden sicher angebahnt werden. Nach Rückkehr des Kabinettschefs von seinem Ferialaufenthalte werden die Einleitungen für die böhmischen Konferenzen getroffen werden. Die Deutschen treten in die Verhandlungen mit den friedlichsten Absichten. Sie haben vor allem den dringenden Wunsch, daß das allgemeine Stimmrecht, das unter so großen Hoffnungen geschaffen wurde, sich bewähre und daß das Volkshaus für die Wählerischen gedeihliche Arbeit verrichte. Allein sollten die Tschechen auf ihr altes Schlagwort „Ohne Landtag kein Reichsrat“ zurückkommen, so müßten die Deutschen die Verantwortung ablehnen. Die Deutschen wollen, so

schreibt die „N. Fr. Pr.“ zum Schluß, im Lande Böhmen klares Recht. Wenn die Tschechen dieses nicht gewähren, so gibt es keinen böhmischen Landtag.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 26. Juli.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzogin und die Großherzogin verweilten vom 13. bis 16. d. M. bei Ihren Majestäten dem König und der Königin von Schweden in Stockholm und vom 16. bis 20. d. M. in Schloß Tullgarn. Alsdann reisten Ihre königlichen Hoheiten mit Ihrer Majestät der Königin nach Schloß Sollden auf der Insel Öland, wo die Großherzoglichen Herrschaften bis 27. d. M. zu bleiben gedenken. Höchstwichtig werden alsdann die Rückreise antreten. Seine königliche Hoheit der Großherzog beabsichtigt, am 29. und 30. d. M. der Feier des 500jährigen Universitätsjubiläums in Leipzig anzuwohnen und am 31. d. M. in Karlsruhe einzutreffen.

** Am 25. Juli, abends 7/8 Uhr, entlegte in der Station Alengen der Schwarzwaldbahn infolge unzeitiger Weichenumstellung der vorletzte Wagen des Zuges 12, wodurch beide Gleise bis nach 12 Uhr nachts gesperrt waren, so daß der Verkehr durch Umwegen aufrecht erhalten werden mußte. Verletzt wurde niemand. Sämtliche Züge erlitten erhebliche Verspätungen.

* (Badische Schülerbelehrungsfahrt nach Kiel.) Auf Anregung Ihrer königl. Hoheit der Großherzogin Luise, welche allen vaterländischen Bestrebungen, also auch dem Deutschen Flottenvereins ihr lebhaftes Interesse widmet, unterthan, wie feinerzeit berichtet, der Badische Landesverband des Deutschen Flottenvereins in der Pfingstwoche des Jahres 1900 seine erste Schülerbelehrungsfahrt nach Kiel. Der Deutsche Flottenverein wurde im Jahre 1908 gegründet und erblüht darin seine Aufgabe, durch Veranschaulichung der Einrichtungen der Kriegs- und Handelsmarine in Wort und Bild die binnenländische Bevölkerung aufklären für seine Ziele zu gewinnen. Großherzogin Luise gewann aber die Überzeugung, daß der Deutsche Flottenverein durch eine unmittelbare Fortführung viel eindringlicher wirken könne, als nur durch Vorträge mit erläuternden Bildern. Wohl waren schon Sonderfahrten an die Basiscante für Erwachsene veranstaltet worden, aber solche Unternehmungen sollten auch für junge Leute zugänglich gemacht werden, um ihren Wissensdrang zu fördern und ihr vaterländisches Denken und Fühlen zu heben und zu beleben. Mit dieser Anregung und Förderung der Schülerfahrten flößt Großherzogin Luise ein neues Ruhmesblatt in den Kranz ihrer vaterländischen, vaterländischen Bestrebungen. Das Unternehmen einer Badischen Schülerfahrt nach Kiel, nachdrücklich unterstützt durch E. königliche Hoheit den Prinzen Heinrich von Preußen und die Kaiserliche Marinebehörde, war von großem Erfolg gekrönt. Die erste Schülerfahrt, damals nur auf 57 Schüler und drei Lehrer der Karlsruhe Mittelstufe beschränkt, wurde in allen Kreisen günstig beurteilt. Seit diesem Jahre unternahm der Badische Landesverband jährlich, mit Ausnahme 1908 und 1909, eine Schülerfahrt, welche auf die Teilnahme sämtlicher Mittelschulen des Großherzogtums erweitert wurde. Auf der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins im Jahre 1904 wurde beschlossen, daß das Präsidium mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Schülerfahrten fördern soll. Von da ab haben solche jährlich durchschnittlich 3000 Schüler und Lehrer an die Basiscante geführt. Am 1. August unternimmt nun der Badische Landesverband seine erste Schülerfahrt unter den Neuarrangements des Deutschen Flottenvereins. Von 26 Mittelschulen unseres Landes werden sich 247 Schüler der oberen drei Klassen und 34 Lehrer an der Fahrt beteiligen, welche unter der Leitung des Geschäftsführers des Badischen Landesverbandes, Herrn Oberrechnungsrats Risch stehen und fünf Tage Meereszeit in Anspruch nehmen wird. Die Fahrt mit Extrazug geht von hier direkt nach Kiel; auf der Rückreise wird ein sechsständiger Aufenthalt in Hamburg genommen werden, um dort einen allgemeinen Überblick über das Seehaus, das Hafenanlage, Rathaus usw. zu gewinnen. Herr Geh. Kommerzienrat Reich in Mannheim hat wieder in hochherziger Weise fünf Freipässe an der diesjährigen Schülerfahrt für bedürftige Schüler zur Verfügung gestellt. Wir wünschen allen Teilnehmern an der schönen Fahrt eine glückliche Reise. Mögen die Schüler die Eindrücke, welche sie im Anblick unserer stolzen Marine gewinnen werden, in sich festhalten und vertiefen, zum Nutzen für ihr späteres Leben, zum Heil für unser teures Vaterland!

* (Badischer Frauenverein.) Am 1. September beginnen neue Kurse zur Ausbildung von Kunstfidelelehrerinnen und von Haushaltungslehrerinnen, am 6. September Kurse der Frauenarbeitschulen (Seminar für Handarbeitslehrerinnen) und der Handelsschule.

* (Jubiläumsfeier der Gewerbeschule.) Am Sonntag den 1. August d. J. findet im großen Saale der Festhalle die Jubiläumsfeier der Gewerbeschule anlässlich des 75jährigen Bestehens der Anstalt statt. Der Beginn der Feier wurde von 11 Uhr auf 11 1/2 Uhr vormittags verlegt. An den Festanlass schließt sich eine im kleinen Festhallaal untergebrachte Ausstellung von Schülervorarbeiten eröffnet werden. Es soll durch die Ausstellung den Lehrern und Eltern der Schüler, wie allen Gewerbetreibenden überhaupt, sowie auch den Freunden der Anstalt Gelegenheit geboten werden, von den Leistungen und dem Stand der Anstalt Augenzeugen zu werden. Die Ausstellung wird vom 1. bis 9. August geöffnet sein. Der Gewerbeverein Karlsruhe begrüßt diese Veranstaltung, bringt der Schule zu ihrem Jubelfeste die herzlichsten Glückwünsche dar und erklärt dazu: Durch ein inniges Band fühlt sich der Gewerbeverein mit der Gewerbeschule auf immer verbunden. Es war eine der ersten Aufgaben des jungen Gewerbevereins, als er im Jahre 1831 gegründet wurde, für die Errichtung einer Gewerbeschule Sorge zu tragen. Seinen Bestrebungen ist es mit Unterstützung des Gemeinderats der Festung gelungen, im Jahre 1834 die Gewerbeschule ins Leben zu rufen. 75 Jahre sind seitdem vorübergegangen. Wir stellen uns die Frage: „Wie hat sich die Schule während dieser Zeit entwickelt und welches ist ihr heutiger Stand?“ Ein Besuch des Festsaales und der Ausstellung wird hierauf wohl die beste Antwort geben. So laden wir hiermit unsere Mitglieder ein, an beiden Festveranstaltungen der Gewerbeschule durch zahlreichem Besuch teilzunehmen.

* (Stadtgartentheater.) Der Spielplan dieser Woche bringt folgende Aufführungen: Morgen Dienstag „Die Förster-Christl“, Mittwoch „Die Fledermaus“, Donnerstag „Das Modell“, Freitag „Der fidele Bauer“ und Samstag „Die Dollarräuber“.

* (Für die Ferienkolonien.) Zugunsten der Ferienkolonien für arme kränkliche Schulkinder veranstaltete der „Artillerie-

Hund St. Barbara am Samstag im Kolosseumsaal eine Wohltätigkeitsaufführung, die sehr beifällige Aufnahme fand und hoffentlich auch einen reichen Ertrag für den guten Zweck abwerfen wird. Die Musik stellte die Kapelle des 3. Badischen Feldartillerieregiments Nr. 50. Trompeter Schönwald gab vortrefflich gespielte Xylophonisoli zum besten. Die Gesangsabteilung des Artilleriebundes brachte zwei Männerchöre: „Morgengruß“ von Wengert und „Ewig liebe Heimat“ von Bru in schönem Vortrag zu Gehör. In einem Festgedicht, verfaßt von Kamerad Joseph Mayer, brachte dessen Tochterchen den Dank eines Kolonisten zum Ausdruck. Die Gebrüder Stumpf zeichneten sich durch ihr sicheres Klavierspiel aus. Herr Strobel, von Hrl. Mothenberger auf dem Klavier bezogen begleitet, erfreute durch wirksame Violaboträge. Den Schluß bildete das Theaterstück „Durch Kampf zum Sieg“ oder „Verachte die Armut nicht“, ein Soldatenstück aus dem Feldzug 1870, von Joseph Mayer geschickt verfaßt. Kamerad Jiegler, Hrl. Göhringer, Kamerad Handloser, ferner die Herren Kehler und Klüber machten sich um die Darbietung verdient. Dem Festkomitee, dem Herren Generalmajor z. D. Frhr. Hoeder v. Diersburg, Rechnungsrat Martin, Hofrat Stelzer, Stationsmeister Mothenberger und Joseph Mayer, sowie allen Mitwirkenden ist es zu danken, daß diese, einem so nützlichen Zweck der Wohltätigkeit gewidmete Veranstaltung, einen so schönen Verlauf nehmen konnte.

(Stenographierford.) Bei dem Wettstreit auf dem gestrigen Stenographentag stolze Schrey in Stuttgart steigerte Landtagsstenograph D r o e s e - K a r l s r u h e, wie ein Privattelegramm meldet, den deutschen Rekord auf 400 Silben in der Minute.

(Schauturnen der Karlsruher Turngemeinde 1861.) Die Karlsruher Turngemeinde veranstaltete am Samstag abend aus Anlaß der 40jährigen Mitgliedschaft ihres Ehrenmitgliedes und früheren langjährigen Turnwarts, Heinrich Würth, in der Zentralschule ein Schauturnen, dem ein zahlreiches Publikum, unter welchem sich Vertreter der staatlichen, städtischen und der Militärbehörden befanden, anwohnte. Der 1. Vorsitzende, Herr Steinmann, entbot den Erschienenen namens des Vereins den Willkommgruß, wies auf die Bedeutung des Turnens hin und gedachte in ehrenden Worten der vielfachen Verdienste, welche sich das Ehrenmitglied Würth während seiner 40jährigen Mitgliedschaft erworben habe. Nunmehr begann das Turnen, das freilich Leistungen aufwies. Zur besonderen Ehrung des Jubilars wurden sodann einige von ihm bei früheren Festen geleitete Übungen am Pferd und Barren vorgeführt. Ein Rittturnen der Geübteren am Reck bildete den Schluß des Schauturnens und lieferte den Beweis, daß die Turngemeinde über eine stattliche Anzahl Primaturner verfügt. Sämtliche Übungen der Mitglieder sowohl, als auch die der Jünglinge, wurden als wohlgelungen bezeichnet und fanden allgemeine Anerkennung, die durch den reichen Beifall zum Ausdruck gebracht wurde. Nach dem Schauturnen vereinigten sich die Turner wie auch die passiven Mitglieder im Garten zur „Ahoje“ zu einem geselligen Zusammensein.

(Aus der Sitzung der Ferienkammer II vom 24. Juli.) Vorsitzender: Landgerichtsrat König. Vertreter der Groß- Staatsanwaltschaft: Gerichtsassessor Dilger. Der Landwirt G. L. Wieber in Wöflingen, ein Witwer, wollte sich wieder verheiraten und suchte zu diesem Zwecke eine passende Partie. Das war auch dem Handelsmann August W e i n a d e r aus Wöflingen bekannt geworden, der sich dachte, daß ein schön Stück Geld verdient werden könnte, wenn man dem Wieber eine geeignete Frau verschaffe. Da er selbst auf dem Gebiete der Heiratsvermittlung zu wenig Erfahrung besaß, wendete er sich an den in dieser Beziehung versierteren Versicherungsagenten Joseph F a g a u s M a i s i c h, der sich sofort bereit erklärte, zusammen mit Weinader das „Geschäft“ zu machen. Beide erschienen dann am 20. April in der Wohnung des Wieber in Wöflingen und erklärten, daß sie in der Lage seien, ihm eine vermögende Frau zu beschaffen. Dem Wieber war das recht, denn eine Frau mit Geld wollte er haben. Als Lohn für die Vermittlungsbemühungen forderte Fag aus 250 Mark. Dem Wieber war das zu viel und so wurde denn hin und her verhandelt, bis man sich auf 150 Mark geeinigt hat. Die Anerkennung dieser Provision mußte Wieber mit seiner Namensunterschrift auf einem Zettel bekräftigen, auf dem nach der Versicherung des Fag wie des Weinader der Vermerk stand „zahlbar nur wenn die Heirat zu Stande kommt“. So hatte nun Wieber die beiden Vermittler zufrieden gestellt und hatte ihrer weiteren Mitteilungen. Sie ließen aber nichts mehr von sich hören. Da gegen wurde dem Wieber am 1. September ein von ihm akzeptierter Wechsel über 150 Mark zur Einlösung präsentiert. Er löste den Wechsel nicht ein, da er, wie er erklärte, denselben nicht unterschrieben hatte. Es kam darauf zu einer Wechselklage gegen Wieber, in deren Verlaufe sich herausstellte, daß dessen Akzept echt war. Der Wechsel war der Zettel, den Wieber, ohne Kenntnis davon zu haben, daß es sich um ein Wechselformular handelte, am 20. April mit seiner Unterschrift versehen hatte. Wieber bestritt die Berechtigung der gegen ihn erhobenen Klage unter Hinweis auf den Sachverhalt und erreichte auch, daß die gegen ihn erhobene Klage abgewiesen wurde. Die Wendung, den die Sache genommen hatte, führte zu einer Untersuchung gegen Fag und Weinader. Aus ihr ging hervor, daß Fag das Blankoakzept ohne Wissen und Willen des Wieber mit 150 Mark, zahlbar am 1. September, ausgefüllt hatte, es mit seiner Unterschrift versehen und es von Weinader unterschreiben ließ, worauf er es dem Wirt Lindenmeier in Wöflingen, mit dem er in Geschäftsverbindung stand, an Zahlungsort schickte. Auf den Wechsel erhielt Fag noch 60 Mark von Lindenmeier herausbezahlt. Um diesen Betrag wurde der Wirt geschädigt; er hat dazu auch noch die nicht unerheblichen Kosten der verlorenen Wechselklage zu tragen. Er ist darum der Leidtragende in dieser Heiratsvermittlungssache. Heute standen Fag und Weinader vor der Strafkammer. Diese verurteilte den erstgenannten Angeklagten wegen Urkundenfälschung und Betrugs zu 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Weinader wegen Beihilfe hierzu zu 3 Monaten Gefängnis. — Bei einer Reihe weiterer Fälle handelte es sich um Verurteilungen.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestern mittag ließ ein Geschäftsmann aus Weingarten auf dem hiesigen Hauptpostamt, wo er eine größere Einzahlung machte, seine Brieftasche mit etwa 88 oder 89 Ein- und zweimarkstücken auf dem Schreibtisch im Schalterraum liegen, ohne bis jetzt wieder in den Besitz des Geldes gelangt zu sein. — In der Oststadt erhängte sich gestern nachmittags ein 36 Jahre alter verheirateter Bierführer aus Waisloch. — Ein Unbekannter versetzte in der Nacht zum 25. d. nach vorausgegangenem Wortwechsel in der Rintheimerstraße einem Fabrikarbeiter zwei Messerstücke in die linke Schulter und den Rücken und einem Geiger einen Stich in den Oberschenkel. Beide wurden dadurch schwer aber nicht lebensgefährlich verletzt und in das städtische Krankenhaus verbracht. — Am 20. d. abends wurde wiederum einem 11 Jahre alten Mädchen auf dem Gottesacker Egerzierplatz einen Zopf abgeschnitten. — Festgenommen wurde u. a. ein 50 Jahre alter lediger Schreiner aus Hermannstadt, der am 24. d. M. im Amphibiengarten einem Mädchen den Zopf abzuschneiden versuchte. — In einem Geschäft auf der Kaiserstraße wurde ein falsches Markstück mit der Jahreszahl 1903 eingewonnen.

S. Mannheim, 25. Juli. Die Tarifbewegung im Hafengebiet von Mannheim und Ludwigshafen und die damit in Zusammenhang stehende Sperre der Oberrheinschiff-

fahrt ist beigelegt. Die am Donnerstag und Freitag unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Erdel gepflogenen Verhandlungen führten zu einer Einigung auf mittlerer Linie. Die Arbeitgeber haben die Forderung des Tarifablaufs durchgesetzt unter Verzicht auf die Stundementlohnung anstelle des Tage- und Wochenlohnes. Die Arbeitnehmer ließen dafür die Forderung der Arbeitszeiterleichterung fallen, erhalten aber sofort eine Wochenzulage von 1 Mark, die sich in einigen Monaten um weitere 50 Pfg. erhöht. Es ist erfreulich, daß die Arbeitnehmer einsichtig und nachgiebig waren und so schwere Kämpfe verhüten, die zweifellos zu einer allgemeinen Aussperrung im Hafen geführt hätten. — Es war anfänglich beabsichtigt, eine Luftschiffhalle hier zu errichten. Die Idee scheiterte an dem voraussetzlichen Aufwand von etwa 800 000 Mk. Der deutsche Luftflottenverein beschränkt sich auf die Schaffung eines Landplatzes, der nur etwa 20 000 Mark kostet. Die Mittel sollen auf privatem Wege aufgebracht werden. Die Stadt stellt das vier Eckstar große Gelände auf der F r i e s e n h e i m e r I n s e l kostenlos zur Verfügung und sorgt für die Überwachung der Anlage durch einen Bediensteten der benachbarten Kläranlage. Da für die Friesenheimer Insel das Baubehot besteht, kann der Unterplatz dauernd von Bauten freigehalten werden. Es wird ein Lageraum für Benzin und Schmieröl vorgezogen und ein Schuppen zur Aufbewahrung von Handwerkszeug, Maschinenteilen, Ballontöpfen und sonstigen Vorräten in dem umfriedigten Gehöft der städtischen Kläranlage errichtet. Gas zum Nachfüllen kann in diesem Gehöft in komprimierter Form bereitgehalten werden. Zwei Abteilungen werden Gas und Wasser zum Landplatz befördern. Die Errichtung der Landstelle soll so gefördert werden, daß bereits während der Dauer der Frankfurter Luftschiffahrts-Ausstellung den dort stationierten Luftschiffen zur Ausführung von Fahrten nach Mannheim Gelegenheit geboten werden kann. Der Stadtrat hat es, um nach dieser Richtung einen weiteren Anreiz zu schaffen, für zweckmäßig gehalten, zur Gewährung von Preisen für Luftschiffe, die Mannheim von Frankfurt aus besuchen, einen Beitrag von 2000 Mark bereitzustellen. Die Angelegenheit wird den Bürgerausschuß schon in seiner Ende dieses Monats stattfindenden Sitzung beschäftigen.

Freiburg, 25. Juli. Hier findet gegenwärtig der 28. Verbandstag der Vereine Kreditreform statt, zu dem auch Vertreter aus Holland, Dänemark, der Schweiz und England erschienen sind. Ein Begrüßungsabend in der Harmonie vereinigte gestern Einheimische und Gäste. Der Festpräsident, Herr Kaufmann Emil Ruef, sorgte in seiner Eröffnungsansprache für die richtige Stimmung und die weiteren Reden der Vertreter von Regierung, Stadtverwaltung, Landgericht und Handelskammer spannten den Faden fort. Es fehlte nicht an Überwiegungen auslesener Art, wie denn beispielsweise eine Gruppe von Damen in lässlicher Tracht durch eine Sprecherin die Verammlung mit alemannischen Versen begrüßte und der Männergesangsverein „Concordia“ musikalische Gaben darbot. So verwoh sich in das stimmungsvolle Fest, dem zahlreiche allgemeine Vorträge und die Vorträge der Infanterielapelle besondere Würze gaben, etwas von eigenartig-sinniger „Heimatlust“, wodurch namentlich die Gäste vom Norden sichtlich erfreut wurden. — Nachdem gestern bereits die Mitglieder der Sterbekasse eine Besprechung hatten, begannen heute die Sitzungen der Vertreterversammlung. Das Festprogramm, das auch den Damen reiche Darbietungen spendet, ist ein sehr reichhaltiges. Der bereits gestern ausgegebene Jahresbericht enthält eine Reihe beachtenswerter Angaben über die allgemeine Lage. Die Abwärtsbewegung, wird darin u. a. ausgeführt, hat weitere Fortschritte gemacht und einen Rückgang der Konjunktur erreicht, wie er seit Jahren nicht vorgekommen ist. Das gesamte Erwerbsleben ist wie von einer schleichenden Krankheit erfaßt, die sich in einer hochgradigen Geschäftsunlust bekundet. Immerhin sind die Folgen des Konjunkturwechsels dadurch gemildert worden, daß dieser nicht sprunghaft eingetreten ist, sondern sich allmählich entwickelt hat. Wenn daher auch die Zeiten kritisch sind, so kann man von einer geschäftlichen Krise im Deutschen Reich doch wohl nicht sprechen. Abgesehen von einigen Zusammenbrüchen größerer Unternehmungen hatten die Kosten des Konjunkturwechsels hauptsächlich kleinere und abhängige Betriebe zu betreffen, denen es infolge der allgemeinen Geldknappheit an den nötigen flüssigen Mitteln fehlte. Diese Verhältnisse spiegeln sich auch wieder in der Konjunkturstatistik für 1908, wonach 15 440 Anträge zur Konkurseröffnung gestellt wurden gegen 12 919 im Vorjahre, so daß im ganzen 3338 Anträge mehr vorlagen. Das Geschäftsleben wurde von einer allgemeinen Unsicherheit beherrscht, so daß man es nicht wagte, Aufträge über den notwendigen Bedarf hinaus, zu erteilen. Der Grund dieser Unsicherheit lag zum Teil in der ungewissen äußeren politischen Lage, dann aber auch in der Ungewißheit, welche wegen der Reichsfinanzreform, die das ohnehin schon zu Aufgabe herangezogene Erwerbsleben mit neuen Steuern zu treffen drohte, auf der gesamten Geschäftswelt lastete. Leider ist die Hoffnung, daß am letzten Ende die Interessen von Handel und Gewerbe doch noch eine angemessene Berücksichtigung fänden, fast völlig zu nichte geworden. Der Zusammenbruch einiger größerer Bankinstitute unterstüht das Verlangen nach einer Reform der Kreditgewährung. Aber auch für den Geschäftsvorkehr im allgemeinen ist diese Reform notwendig; es sollte unbedingt dahin getrebt werden, daß zum mindesten die Kreditgewährung an das konsumierende Publikum stets nur eine Ausnahme bleibt. Ein größerer Schutz des Gläubigers ist überdies ein dringendes Bedürfnis. Am Schluß des Geschäfts-jahres zählte der Verband 347 Vereine, 370 Filialen und 1 offizielle Vertretung, außerdem 4 Stellen für mündliche Auskunftsverteilung. Die Mitgliederzahl betrug von 347 Vereinen gelieferten Angaben beträgt 77 919.

Kleine Nachrichten aus Baden. Die 15jährige Marie Müller in Weinheim war am Wochenspiegel beschäftigt. Dabei kam sie der Feuerung zu nahe, so daß die Kleider in Brand gerieten. Das Mädchen erlitt schwere Brandwunden und ist infolgedessen gestorben. — In Verbindung mit dem vom 9. bis 13. August d. J. in Freiburg stattfindenden 50. Allgemeinen Deutschen Genossenschaftstage wird zugleich die 43. Tagung des Verbandes der Oberbadischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenchaften dortselbst abgehalten werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Paris, 26. Juli. Aus Madrid wird gemeldet, daß die marokkanische Gesandtschaft abgereist sei, da ihr Aufenthalt ziemlich gefährlich wurde. Trotz aller Vorkehrungen, habe die Bevölkerung die Anwesenheit der Marokkaner als eine Art Herausforderung angesehen.

Konstantinopel, 26. Juli. Der Sultan hat aus Anlaß der Verfassungsfeier die hier anwesenden bulgarischen Offiziere empfangen. Er drückte ihnen, wie „Jeni Saccat“ meldet, seine Genugtuung über den Besuch aus, der ein Zeichen der aufrichtigsten Freundschaft zwischen den beiden Staaten sei.

London, 26. Juli. Das Reuterbureau meldet aus Teheran: Der frühere Schah weilt noch immer in

der russischen Gesandtschaft. Wie es heißt, ist seine Abreise verschoben worden, weil es Schwierigkeiten bereitet, die Kronjuwelen ausfindig zu machen. Nach neueren Meldungen sind starke Streitkräfte G a u l e d e d D a u l e h s auf dem Marsch nach Schiras. Die britische Konjularwa che ist durch 40 Matrosen verstärkt worden.

Verschiedenes.

Der Flug über den Kanal.

Paris, 26. Juli. V l e r i o t ist, neuerer Meldung zufolge, um 4 Uhr 35 Min. früh nach französischer Zeitrechnung aufgestiegen und um 4 Uhr 53 Min. englischer Zeitrechnung in Dover eingetroffen. Da der Unterschied zwischen englischer und französischer Zeitrechnung 9 Minuten 21 Sekunden beträgt, brauchte Vleriot zu seinem Flug 27 Minuten 21 Sekunden.

Paris, 26. Juli. Die gesamte Presse beschäftigt sich mit dem Flug V l e r i o t s, über den sie enthusiastische Berichte bringt. Der „clair“ sagt: In dem alten Europa, den Beziehungen der Völker untereinander, sind sehr große Veränderungen vorgegangen, seitdem wir mit Dover durch einen Weg verbunden sind, den unsere Vorfahren nicht kannten und den unsere Nachkommen in Zukunft leichter nehmen werden als den Land- und Seeweg.

Paris, 26. Juli. Der englische Kommandant der Küstenwache schildert die Ankunft Vleriot's in folgender Weise: Um 5 Uhr morgens wurde ich vom Wachtposten verständigt, daß ein Torpedojäger in vollster Geschwindigkeit von der französischen Küste herankomme. Am Horizont war nichts zu erblicken. Plötzlich erscheint gegen Westen ein schwarzer Punkt, der rasch größer wird und die Richtung nach der St. Margaretenbucht einschlägt. Seine Schnelligkeit ist fabelhaft. Angesichts der Bai wendet er plötzlich und steuert mit derselben Geschwindigkeit Dover zu. Trotz der großen Entfernung hörte ich ein Lärmen wie von einem Automobil. Über seine Zukunft befragt, erklärte Vleriot: Ich habe fünf Kinder und meine Frau hat mir das Versprechen abgenommen, daß ich nur noch an dem Wettfluge in Reims teilnehme und dann keinen Flug mehr unternehmen werde.

Frankfurt a. M., 26. Juli. Der am Freitag abend acht Uhr vom Jagelände aufgestiegene Ballon „Hessen“, Führer Referendar H e i n e, ist nach einer bemerkenswerten Fahrt von 19 Stunden am Samstag nachmittags in Goldab (Spreußen) glücklich gelandet. Im ganzen erfolgten gestern sechs Passagierfahrten mit Freiballons. Infolge des abend 7 1/2 Uhr eintretenden leichten Regens mußten die Fahrten eingestellt werden. — Am 7 Uhr fand ein allgemein verständlicher Vortrag über Flugtechnik von Philipp S p a n d o w mit Lichttonne bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Wich, 26. Juli. Ein Orkan gestörte am Samstag die Tribüne des A r o d r o m s, in welchem eine riesige Menschenmenge anwesend war, die unter strömendem Regen die Stadt ergriff. Ein Wetterstrahl riß einen Teil der Metallverdachung weg. Der Flugapparat T i s s a u d i e r s ist völlig zerstört, die Apparate anderer Konauten sind schwer beschädigt.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro. vom 26. Juli 1908.

Begleitet von Gewittern hat sich die Depression, die gestern über den britischen Inseln gelegen war, bis zur nördlichen Nordsee weiter bewegt, doch entsendet sie noch Ausläufer bis zum Kanal und gegen Galizien hin. Der hohe Druck hat sich auf den Südwesten und Südosten zurückgezogen. Das Wetter ist in Deutschland meist bewölkt und sehr warm. Gewitterdrohendes und warmes Wetter ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 26. Juli, früh:

Lugano heiter 21 Grad, Biarritz Nebel 16 Grad, Triest wolkenlos 26 Grad, Florenz wolkenlos 21 Grad, Rom wolkenlos 21 Grad, Cagliari wolkenlos 27 Grad, Brindisi wolkenlos 27 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
24. Nachts 9 ^u 11.	750.7	17.3	9.9	65	SW	h. bedeckt
25. Morgs. 7 ^u 11.	749.7	16.1	10.9	80	SE	heiter
25. Mittags 2 ^u 11.	745.1	26.8	10.4	40	Still	
25. Nachts 9 ^u 11.	741.2	20.2	14.9	84	SE	Gewitter
26. Morgs. 7 ^u 11.	747.2	18.9	13.4	83	SW	wolfig
26. Mittags 2 ^u 11.	748.4	20.4	11.0	62	"	bedeckt

Höchste Temperatur am 24. Juli: 23.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 11.0.

Niederschlagsmenge, gemessen am 25. Juli, 7^u früh: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 25. Juli: 29.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 10.6.

Niederschlagsmenge, gemessen am 26. Juli, 7^u früh: 5.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 25. Juli, früh: Schuß er in sel 3.05 m, gefallen 8 cm, Rehl 3.39 m, gefallen 7 cm; Magau 5.38 m, gefallen 10 cm; Mannheim 4.96 m, gefallen 14 cm.

Wasserstand des Rheins am 26. Juli, früh: Schuß er in sel 3.35 m, gefallen 4 cm; Magau 5.29 m, gefallen 9 cm; Mannheim 4.86 m, gefallen 10 cm.

Verantwortlicher Redakteur:

(in Vertretung von Julius Rah) Adolf Kersting, Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Karl Büchle, Karlsruhe
Kaiserstr. 149 Inh.: A. Schuhmacher Tel. 1931
Spezialgeschäft f. Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Besatzartikel, Spitzen
Spezialität: Lyoner Seidenstoffe zu billigsten Preisen
Sämtliche Neuheiten der Saison. Eigenes Modedournal

Gebrannter Kaffee, Wiener Mischung . Pfund . 1.80
Mocca-Mischung . Pfund . 2.—
Mocca, rein Pfund . 2.50
Kaiserstraße 160 **V. Merkle** Kaiserstraße 160

Pfälzische Hypothekbank.

Die Ausgabe der neuen Zinscheinebogen zu unseren
3 1/2 Prozent Pfandbriefen der Serien 7, 8 und 9
sowie 4 Prozent Pfandbriefen der Serie 37
 findet seit 2. Juni 1909 bezw. 16. ds. Mts. statt.
 Wir fordern die Inhaber auf, die Erneuerungsscheine alsbald, tunlichst
 aber vor dem **1. August**, einzureichen.
 Ludwigshafen a. Rh., den 21. Juli 1909.

Die Direktion.

Soeben gelangte zur Ausgabe:

Ischler-Hartmann

Rechenbuch

für erweiterte Volksschulen

herausgegeben
 nach den Bestimmungen des Unterrichtsplanes
 für Volksschulen im Großherzogtum Baden

Lehrerheft IV (VII. Schuljahr) Preis geh. M. 0.90

Verlag der
G. Braunschen Hofbuchdruckerei
 Karlsruhe i. B.

Offiziere! Staatsbeamte! Geistliche
Tadellose Erneuerung
 aller noch so schwarz und unansehnlich gewordenen
Gold- und Silberstickereien an
Gala-Uniformen



Paramenten, Ornaten, Fahnen usw. ohne Beschädigung des Grundstoffes.
 Wiederherstellung sämtl. Offiziers-Effekten. Preislisten für Offiziere gratis
 Zahlr. Anerkennungen aus ersten Kreisen. Jede Auskunft bereitw. u. kostenlos.
Karl Leburg, Galvanische Kunstanstalt, Straßburg i. Els.,
 Nr. 344
 Gießhausgasse 8.

Stadtgartentheater
 Karlsruhe.
 Dienstag, 27. Juli 1909, abends 8 Uhr
Die Förster-Chrysil
 Operette in 3 Akten von
 Georg Farno.

Patentanwaltsbureau Karlsruhe
C. Kleyer,
 Kriegstraße 77 Telephone 1303

Bidets
 in allen
 Formen.
 Jeder Dame empfohlen!

sowie
Zimmer-Klosetts,
Krankentische,
Abort-Einsätze

Nr. 743
 in größter Auswahl, billigst bei
Konrad Schwarz
 nur Waldstr. 50
Karlsruhe.
RABATTMARKEN

Der Zeitungs - Verlag
 Hannover
 :: Königstrasse 52 ::

In unserem Verlag erschienen
 soeben:

Das Deutsche Preßrecht
 enthaltend die reichs- u. landes-
 gesetzlichen Vorschriften über
 das Preßwesen mit Erläuterungen

Von A. Ebner
 Syndikus des Vereins Deutscher
 Zeitungsverleger
 geb. 4 M., brosch. 3.60 M.
 Zu beziehen durch
 alle Buchhandlungen

**Tafel-
 Glas-
 Kaffee-
 Wasch-**

Service
 nur **erstklassige**
 Fabrikate zu **billigen**
Preisen. — Größte
Auswahl in apar-
ten Formen und
Dessins bei

Otto Büttner
 Kaiser-
 str. 158 Ecke Douglas-
 str. 158
 Glas, Porzellan
 Kücheneinrichtungen

Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Zustellung einer Klage.
 Nr. 927.21. Baden. Die Maria Anna
 Weber in Richtental, minderjährig,
 vertreten durch ihre Mutter Maria
 Weber, Büglerin daselbst, als Vor-
 münderin, diese vertreten durch den
 Pfleger, Schneidermeister Emil We-
 ber in Richtental, klagt gegen den
 Schreiner Heinrich Wagner, zuletzt
 in Richtental, jetzt an unbekanntem
 Orten, wegen Unterhalts.
 Die Klägerin ladet den Beklagten
 zur mündlichen Verhandlung des
 Rechtsstreits vor das Großh. Amtsge-
 richt zu Baden auf
Freitag, den 8. Oktober 1909,
vormittags 9 Uhr.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zu-
 stellung wird diese Ladung bekannt
 gemacht.
 Baden, den 21. Juli 1909.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Thoma.

Konkursöffnung.
 Nr. 925. Nr. A 13450. Lörrach.
 über den Nachlaß des am 13. Mai
 1909 zu Wöhlen verstorbenen Zim-
 mermanns Josef Anton Wagner in
 Wöhlen wird heute am 23. Juli 1909,
 nachmittags 4 Uhr, das Konkursver-
 fahren eröffnet, da alle Erben mit
 der Behauptung der Überschuldung
 entsprechenden Antrag gestellt haben.
 Der Rechtsagent Zitel in Lörrach
 wird zum Konkursverwalter ernannt.
 Konkursforderungen sind bis zum
 11. August 1909 bei dem Gerichte an-
 zumelden.
 Es wird Termin anberaumt vor
 dem diesseitigen Gerichte Zimmer
 Nr. 6 zur Beschlußfassung über die
 Wahl eines anderen Verwalters, so-
 wie über die Bestellung eines Gläu-
 biger-ausschusses und eintretendenfalls
 über die in § 132 der Konkursord-
 nung bezeichneten Gegenstände auf
Donnerstag, den 19. August 1909,
nachmittags 3 Uhr,
 und zur Prüfung der angemeldeten
 Forderungen auf
Donnerstag, den 19. August 1909,
nachmittags 3 Uhr.
 Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Be-
 sitz haben oder zur Konkursmasse et-
 was schuldig sind, wird aufgegeben,
 nichts an den Gemeinschuldner zu
 verabfolgen oder zu leisten, auch die
 Verpflichtung auferlegt, von dem Be-
 sitze der Sache und von den Forder-
 ungen, für welche sie aus der Sache
 abgeforderte Befriedigung in An-
 spruch nehmen, dem Konkursverwal-
 ter bis zum 11. August 1909 Anzeige
 zu machen.
 Lörrach, den 23. Juli 1909.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Blum.

Konkursverfahren.
 Nr. 926. Nr. 13450. Lörrach.
 Das Konkursverfahren
 über das Vermögen des Kauf-
 manns Julius Gutmann in Rastatt
 wurde nach vollzogener Schlussvertei-
 lung heute aufgehoben.
 Rastatt, den 23. Juli 1909.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Schneider.

Zwangsvollstreckung.
 Nr. 922. Nr. 1868. Philippsburg.
 Im Wege der Zwangsvollstreckung
 soll das in Philippsburg belegene, im
 Grundbuche von Philippsburg 3. St.
 der Eintragung des Versteigerungsver-
 merkes auf den Namen der Albert
 Fischer Gastwirts Ehefrau Emilie
 geb. Hils in Philippsburg eingetra-
 gene, nachstehend beschriebene Grund-
 stück am
Samstag den 11. September 1909,
vormittags 10 Uhr,
 durch das unterzeichnete Notariat im
 Notariat im Rathaus zu Philipps-
 burg versteigert werden.
 Der Versteigerungsvermerk ist am
 19. Juni 1909 in das Grundbuch
 eingetragen worden.
 Die Einfiicht der Mitteilungen des
 Grundbuchamts, sowie der übrigen
 das Grundstück betreffenden Nachwei-
 sungen, insbesondere der Schätzungs-
 urkunde ist jedermann gestattet.
 Beschreibung des zu versteigernden
 Grundstückes:
 Grundbuch von Philippsburg, Band
 1 Sekt 8 Bestandsverzeichnis I.
 Lsg. Nr. 392, Flächeninhalt 11 a 07
 qm Hofreite im Ortsetter an der
 Weihenortstraße.
 Hierauf steht ein zweistöckiges
 Wohnhaus (Gasthaus zum Einhorn)
 mit gewölbtem Keller und überbauter
 Einfahrt, ein einstöckiger Tanzsaal
 mit gewölbtem Keller, ein einstöckiger
 Saalbau, ein Zwischenbau mit Küche,
 Waschküche und Zimmer, eine Scheue
 mit gewölbtem Keller und eingebaute
 Abortanlage und ein einstöckiges
 Abortgebäude efs. Nr. 393 adf. Nr.
 392a.

Auf Grundstück Lsg. Nr. 392 hat
 set die Schuldrechtlichkeit zum „Ein-
 horn“ als Realrecht laut Grundbuch
 Bd. 7, Nr. 307, S. 988.
 Schätzung 54 148 M., einschließl.

ber auf 4148 M. bewerteten Zubehö-
 rstände.
 Philippsburg, den 21. Juli 1909.
 Großh. Notariat
 als Vollstreckungsgericht:
 Simmler.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
 Nr. 919.21. Nr. 6544. I. Karlsruhe.
 Das Großh. Amtsgericht I Karlsruhe
 hat folgendes

Aufgebot
 erlassen:
 Der Waisenrat Jakob Gromer in
 Karlsruhe als Abwesenheitspfleger
 des verschollenen Ernst Eisenlohr hat
 beantragt, den verschollenen Ernst
 Eisenlohr von Karlsruhe, geboren
 am 25. Juni 1861, zuletzt in Karls-
 ruhe wohnhaft, für tot zu erklären.
 Der bezeichneter Verschollene wird
 aufgefordert, sich spätestens in dem
 auf
Freitag, den 22. April 1910,
vormittags 10 Uhr,
 vor dem Großh. Amtsgericht Karls-
 ruhe Abt. I, Akademiestraße Nr. 2a,
 III. Stod, Zimmer Nr. 17, anbe-
 raumten Aufgebotsstermin zu mel-
 den, widrigenfalls die Todeserklä-
 rung erfolgen wird.
 An alle, welche Auskunft über Le-
 ben oder Tod des Verschollenen zu
 erteilen vermögen, ergeht die Auf-
 forderung, spätestens im Aufgebots-
 termin dem Gerichte Anzeige zu
 machen.
 Karlsruhe, den 23. Juli 1909.
 Paulus,
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts I.

Strafrechtspflege.
 Nr. 903.32. Nr. 19384. Bruchsal.
 Der am 12. Juli 1879 in Cemppe
 L.-G.-Bez. Altona geborene, zuletzt
 in Bruchsal wohnhafte Ludwig
 Schmaljohann, Bautechniker, wird be-
 schuldigt, als Erfahrener ohne Erlau-
 bnis ausgewandert zu sein, ohne
 von der bevorstehenden Auswan-
 derung der Militärbehörde Anzeige er-
 stattet zu haben, Übertretung gegen
 § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
 Derselbe wird auf Anordnung des
 Großh. Amtsgerichts hier selbst auf
Dienstag, den 21. September 1909,
vormittags 9 Uhr,
 vor das Großherzogliche Schöffengericht
 Bruchsal zur Hauptverhandlung
 geladen.
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben
 wird derselbe auf Grund der nach §
 472 der Strafprozeßordnung von dem
 Königl. Bezirkskommando zu Bruch-
 sal ausgefertigten Erklärung verur-
 teilt werden.
 Bruchsal, den 20. Juli 1909.
 Raif,
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Ladung.
 Nr. 846. Nr. 39 584. C III 184. Frei-
 burg.
 1. Karl Weber, geboren am 28. April
 1888 in Lingolsheim, zuletzt wohn-
 haft in Löffingen.
 2. Ludwig Spielmann, geboren am
 20. Juli 1886 in Brombach, zuletzt
 wohnhaft in Kirchen, Amt Lörrach.
 3. Karl Wesseler, geboren am 3. De-
 zember 1886 in Hüllstein, zuletzt
 wohnhaft in Brombach, Fabrikarbei-
 ter.
 4. Gustav Adolf Kahler, geboren am
 5. Juli 1886 in Lörrach, zuletzt da-
 selbst wohnhaft, Maurer.
 5. Matthias Strubel, geboren am
 24. Februar 1886 zu Pratteln, Kanton
 Basel, Heimatsberechtigt in Vogelbau,
 Gemeinde Malsburg, Brückenbauar-
 beiter.
 6. Otto Müller, geboren am 28.
 März 1886 in Rheinweiler, Amt
 Mühlheim, zuletzt daselbst wohnhaft,
 Kellner.
 7. Friedrich Wilhelm Nade, gebo-
 ren am 14. Juli 1886 in Hohenbühnen-
 hausen, Kreis Niederbarnim, zuletzt
 wohnhaft in Untertürkheim.
 8. Albert Hat, geboren am 11. April
 1886 in Oberkirch, zuletzt wohnhaft in
 Freiburg.
 9. David Merkle, geboren am 25.
 August 1887 in Obersteinbach, Ober-
 amt Ohringen, zuletzt wohnhaft in
 Bienen.
 10. Joseph Gregor Koch, geboren am
 15. Juni 1886 in Pforzheim, zuletzt
 wohnhaft in Emmendingen, Kellner.
 11. Karl Joseph Friedrich Hilbert,
 geboren am 9. September 1884 in
 Furtwangen, zuletzt wohnhaft in
 Waldkirch.
 12. Leopold Kramer, geboren am 14.
 Juni 1884 in Schönwald, zuletzt
 wohnhaft in Lenzkirch, Dienstherr.
 13. Franz Theodor Ueber, geboren
 am 5. Dezember 1886 in Bruchsal, zu-
 letzt wohnhaft in Freiburg, Eisen-
 bahnschaffner, werden beschuldigt, als
 Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem
 Eintritte in den Dienst des stehenden
 Heeres oder der Flotte zu entziehen,
 ohne Erlaubnis das Bundesgebiet
 verlassen oder nach erreichtem mili-
 tärpflichtigen Alter sich außerhalb des
 Bundesgebietes aufgehalten zu haben,
 Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1
 StrGB. Dieselben werden auf Frei-
 tag den 10. September 1909, vormit-
 tags 9 Uhr, vor die Ferien-Strafkam-

mer des Großherzoglichen Landgerichts
 Freiburg zur Hauptverhandlung ge-
 laden.
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben
 werden dieselben auf Grund der
 nach § 472 der Strafprozeßordnung
 von den Zivilvorstehenden der Straf-
 kommission zu Erstein, Lörrach, Müll-
 heim, Niederbarnim, Oberkirch, Oh-
 ringen, Pforzheim, Triberg, Bruchsal,
 über die der Anklage zugrunde liegen-
 den Tatsachen ausgefertigten Erläute-
 rungen verurteilt werden.
 Freiburg, den 20. Juli 1909.
 Bender.

Ladung.
 Nr. 818.3 Mannheim. Georg
 Schupp, Kellner, geboren am 19. März
 1878 hier, ledig, zuletzt wohnhaft in
 Mannheim, Dammstr. 17, 3. St. un-
 bekannt wo, ist beschuldigt, daß er als
 Erfahrener ohne Erlaubnis ausge-
 wandert ist, Übertretung gegen § 360,
 Ziffer 3 StrGB.
 Derselbe wird auf Anordnung des
 Großh. Amtsgerichts — Abt. 12 —
 hier selbst auf
Donnerstag den 23. September 1909
vormittags 9 Uhr,
 vor das Großh. Schöffengericht hier
 zur Hauptverhandlung geladen.
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben
 wird derselbe auf Grund der nach
 § 472 StrGB. von dem Kgl. Bezirks-
 kommando hier ausgefertigten Erklä-
 rung vom 6. Juli 1909 verurteilt
 werden.
 Mannheim, den 19. Juli 1909.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Hfl.

Bermischte Bekanntmachungen.
Bekanntmachung.
 Die Festlegung der Stra-
 ßenflucht hinter der Kirche
 in Sunthausen, hier Enteignungs-
 verfahren betreffend.
 Nr. 27407. Durch Allerhöchste
 Staatsministerialentscheidung vom
 7. Juli 1909 Nr. 581 ist ausgesprochen
 worden, daß die Martin Kauter Ehe-
 frau Katharina geb. Schneiderberger
 in Sunthausen verpflichtet sei, von
 ihrem Grundstück Lsg. Nr. 7 zur An-
 lage einer neuen Ortsstraße hinter
 der Kirche in Sunthausen Grund-
 stücksteile in der Höhe von 1 a 7 qm
 und von 87 qm an die Gemeinde
 Sunthausen gegen vorherige Entschä-
 digung abzutreten.
 Donauaußen, den 22. Juli 1909.
 Großh. Bezirksamt.
 J. L. Dr. Kagenunger.

Wasserleitungsarbeiten.
 Die Gemeinde Oberneudorf (Amt
 Buchen), 5,6 Kilometer von der badi-
 schen Eisenbahnstation Wuden, ver-
 gibt im Angebotsverfahren die Ar-
 beiten zur Erstellung einer Wasser-
 leitungsanlage, und zwar:
 1. das Öffnen und Wiederauffüllen
 von 1860 lfd. Meter Rohrgraben;
 2. das Riefern und Verlegen von
 1860 lfd. Meter gußeisernen, norma-
 len Muffenröhren von 80 bis 40 mm
 Lichtweite, nebst Zubehör;
 3. die Herstellung der Erd-, Mau-
 rer- und Zementarbeiten zur Quel-
 lenfassung, Feldschacht, Betriebs- und
 Hochbehälter.
 Schriftliche Angebote wollen ver-
 schlossen, portofrei und mit der erfor-
 derlichen Aufschrift versehen, bis
 längstens
Montag, den 16. August d. J.,
nachmittags 2 Uhr,
 bei dem Gemeinderat in Oberneudorf
 (Amt Buchen) eingereicht werden,
 wofolbst auch die Öffnung der
 Angebote stattfindet.
 Angebotsverzeichnisse können gegen
 portofreie Zusendung einer Verbiel-
 fältigungsgebühr von 1 Mark vom
 Gemeinderat in Oberneudorf bezo-
 gen werden, wo die Bedingungen und
 Plan vom 1. August ab zur Einsicht
 offen liegen.
 Mosbach, den 24. Juli 1909.
 Großh. Kultur-Inspektion.

Bergebung v. Hochbauarbeiten.
 Die nachverzeichneten Arbeiten zur
 Herstellung des Stellwerksgebäudes
 II auf dem Bahnhof Peterzell-
 Königsfeld werden im Wege des öf-
 fentlichen Angebots nach Maßgabe
 der Verordnung des Gr. Finanzmini-
 sterialums vom 3. Januar 1907 ver-
 geben.
 Nr. 864.2.
 Grab-, Maurer- und Steinbauer-,
 Zimmer- und Schreiner-, Glaser-,
 Klebner- und Anstreicherarbeiten.
 Die Pläne, Massenberechnungen
 und Bedingungen liegen in unserem
 Geschäftszimmer auf und werden da-
 selbst auch die für die Angebote zu
 benütenden Arbeitsverzeichnisse ab-
 gegeben. Eine Zusendung der Be-
 dingungen und Pläne findet nicht
 statt.
 Die Angebote sind verschlossen,
 frei und mit entsprechender Auf-
 schrift versehen, bis spätestens **Don-
 nerstag, den 29. d. M., abends 6 Uhr,**
 eingereichen.
 Bülbingen, den 20. Juli 1909.
 Großh. Bauinspektion.